

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(17. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Katherina Reiche, Thomas Rachel,
Dr. Maria Böhmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/4497 –**

Informatives Berichtswesen als Grundlage einer guten Forschungs- und Technologiepolitik

A. Problem

Die Antragsteller gehen davon aus, dass ein qualifizierter forschungs- und technologiepolitischer Dialog nur auf der Grundlage einer soliden Daten- und Informationsbasis erfolgen könne. Deshalb liege eine breite und qualitativ hochwertige Berichterstattung zur Forschung und Technologie gleichermaßen im Interesse von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Bisher erfolge die Berichterstattung im Bereich Forschung und Technologie auf zwei klar abgegrenzten und transparenten Ebenen, die Berichterstattung der Bundesregierung und der Länder über die Situation der Forschung sowie über die jeweilige Forschungspolitik und die Begutachtung der technologischen Leistungsfähigkeit durch Institute.

Die Bundesregierung habe begonnen, von dieser bewährten Berichterstattung abzuweichen. Damit werde die sachgerechte Trennung des Berichtes der Bundesregierung und der Länder auf der einen und Ergebnisse und Interpretation der Innovationsforschung auf der anderen Seite durchbrochen. Die bisherigen Aussagen der Bundesregierung ließen befürchten, dass die transparente und umfassende Berichterstattung über den „Ist-Zustand“ deutscher Forschungs- und Entwicklungspolitik sowie über die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands zugunsten einer politisch motivierten Begutachtung und programmatischen Erklärung aufgegeben werden solle.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/
CSU und FDP**

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 15/4497.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/4497 – abzulehnen.

Berlin, den 16. Februar 2005

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Cornelia Pieper
Vorsitzende

Jörg Tauss
Berichtersteller

Katherina Reiche
Berichterstellerin

Hans-Josef Fell
Berichtersteller

Ulrike Flach
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Jörg Tauss, Katherina Reiche, Hans-Josef Fell und Ulrike Flach

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/4497 in seiner 151. Sitzung am 20. Januar 2005 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung sowie den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Vor dem Hintergrund der geschilderten Problemlage fordern die Antragsteller die Bundesregierung auf, zu einer verlässlichen Berichterstattung zurückzukehren und wie bisher einmal in der Legislaturperiode einen Bundesbericht Forschung nach der bisherigen Struktur vorzulegen. Darüber hinaus soll in einem jährlichen „Faktenbericht Forschung“ die Datenbasis aktualisiert sowie ein jährlicher Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit veröffentlicht werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Die mitberatenden **Ausschüsse für Wirtschaft und Arbeit** sowie **für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen. Der ebenfalls mitberatende **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** hat auf die Abgabe eines Votums verzichtet.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 16. Februar 2005 beraten und empfiehlt:

Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/4497 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Ausgangspunkt für den Antrag der **Fraktion der CDU/CSU** sei, dass bei der Beratung des Bundesberichts Forschung 2004 die Koalition auf Ausschussdrucksache 15(17)245 einen Entschließungsantrag eingebracht habe, der neben der Anerkennung dessen, was die Bundesregierung in der Forschungspolitik geleistet habe unter Punkt 8 ankündige, die Berichterstattung im Bereich Forschung und Technologie umzugestalten.

Bisher sei einmal in der Legislaturperiode ein Forschungsbericht vorgelegt worden, dann der Faktenbericht zur Aktualisierung der Datenbasis zwischen den Forschungsberichten und jährlich im Auftrag der Bundesregierung durch mehrere

anerkannte Innovationsforschungsinstitute ein Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit.

Die zukünftige Berichterstattung beinhalte nach dem damaligen Koalitionsantrag, dass das Forschungs- und Innovationssystem alle zwei Jahre durch internationale Innovationsforscher begutachtet werden solle. Der Bericht der Bundesregierung solle dann in einem zweijährigen Rhythmus im zeitlichen Zusammenhang mit dem Gutachten erfolgen.

Die Fraktion der CDU/CSU befürchte, dass die transparente und auch sehr umfassende Berichterstattung über den Ist-Zustand der deutschen Forschungspolitik sowie über die technologische Leistungsfähigkeit zugunsten einer eher politisch motivierten Begutachtung geändert werden solle.

Die bisherige hohe Informationsdichte sei eine gute Grundlage gewesen, Forschungspolitik zu diskutieren. Dies habe nicht nur für die Opposition gegolten, sondern auch für die Verbände, für die Forschung, für alle Teilnehmer am forschungspolitischen Dialog in der Bundesrepublik Deutschland. Offen sei, nach welchen Kriterien, für welchen Zeitraum und in welcher Anzahl die internationalen Innovationsforscher ausgewählt würden. Fraglich sei weiterhin, wer die Themen und die Kriterien der Begutachtung festlege und welche Kennzahlen recherchiert würden. Unklar sei, ob es weiterhin eine eigene oder eine fremdevaluierte Berichterstattung der Länder geben werde, die bislang in die allgemeine Berichterstattung eingeflossen sei. In dem Antrag seien diese Bedenken deutlich gemacht und Vorschläge gemacht worden.

Nach Auffassung der **Fraktion der SPD** stellt der Vorschlag der Bundesregierung, ab 2007 die bisherigen Berichte zusammenzufassen, einen richtigen Weg dar, das Berichtswesen zu effektivieren. Es werde sich künftig an ausschließlich wissenschaftlichen Kriterien orientieren. Ziel sei ein Berichtswesen, das einen vollständigen und korrekten Überblick über die Leistungsfähigkeit im Bereich der Forschung und der technologischen Entwicklung in Deutschland gebe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellt fest, dass es eine große Übereinstimmung gebe in der Notwendigkeit eines guten und umfangreichen Datenmaterials für eine gute Forschungspolitik. Diese Grundlage würden die Koalitionsfraktionen auch in Zukunft immer wieder als Basis für die Forschungspolitik heranziehen. Insofern sei es wichtig, dass die Berichterstattung optimiert werde und auf neue Herausforderungen eingehe. In dem damaligen Antrag der Koalition sei zum Ausdruck gebracht worden, dass sie Wert darauf lege, dass mit der Umstellung des Berichtswesens die Kontinuität nicht abreiße. Dies sei auch das Ziel der Bundesregierung. Es gehe auch um eine Qualitätsverbesserung, die es ermögliche, die Wirkung der eingesetzten Forschungsmittel deutlicher zu analysieren. Hier gebe es ein deutliches Erkenntnisdefizit. Insgesamt seien die Befürchtungen des Antrags der Fraktion der CDU/CSU ungerechtfertigt. Wichtiger

als das Berichtswesen sei es, darüber zu reden, wie die Forschungsfinanzierung selbst ausgestattet werde.

Die **Fraktion der FDP** teilt die Bedenken der Fraktion der CDU/CSU. Dies gelte insbesondere vor dem Hintergrund, dass der letzte Bundesbericht Forschung eine problematische Qualität aufweise. Sie gebe Anlass zu der Befürchtung, dass die zukünftige Qualität der Berichte ebenfalls zu Wünschen übrig lasse. Deutlich werde dies an der Tendenz, Ergebnisse nicht nur sehr positiv darzustellen, sondern auch so zusammenzufassen, dass daraus keine Analysen mehr abgeleitet werden könnten.

Berlin, den 16. Februar 2005

Jörg Tauss
Berichtersteller

Katherina Reiche
Berichterstellerin

Hans-Josef Fell
Berichtersteller

Ulrike Flach
Berichterstellerin

